

Betr.: **Abschiebungen in das Kosovo**

Beabsichtigte Abschiebungen von Roma in das Kosovo werden zu neuen Spannungen und Verfolgungen von Minderheiten im Kosovo führen

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma appelliert an Bundesregierung und Internationale Institutionen

**Presseerklärung
19. Oktober 2009**

Zehn Jahr nach dem Ende des Kriegs im Kosovo, der zur vollständigen Vertreibung von Roma, Aschkali und Kosovo-Ägyptern durch die Kosovo-Albaner führte, beabsichtigt die Bundesregierung jetzt, entgegen den nachdrücklichen Warnungen von internationalen Institutionen und Organisationen, fast 10.000 Roma in den Kosovo abzuschicken.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma appelliert an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder, das Rückführungsabkommen mit dem Kosovo auszusetzen und den in Deutschland seit zum Teil weit über zehn Jahren lebenden Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo dauerhaften Aufenthalt zu gewähren.

Entgegen der Auskunft der Bundesregierung gibt es nach wie vor tägliche Gewalt gegen Roma im Kosovo. Alle internationalen Organisationen und Institutionen berichten über diese alltägliche Bedrohung von Minderheiten, insbesondere von Roma im Kosovo. Es steht für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma außer Zweifel, daß die beabsichtigte Abschiebung von tausenden von Roma in das Kosovo zu neuen scharfen Spannungen zwischen den Minderheiten und den Kosovo-Albanern führen, die die Sicherheit der betroffenen Familien extrem gefährden werden.

Für die abgeschobenen Familien gibt es im Kosovo buchstäblich nichts : es gibt weder eine Infrastruktur auf der Seite der Kosovarischen Regierung, noch gibt es Arbeits- oder Wohnmöglichkeiten. Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter besaßen in der Regel Häuser im Kosovo; unmittelbar nach dem Krieg zerstörten Kosovo-Albaner tausende von Häusern oftmals ganze Dörfer, um jede Rückkehr der Vertriebenen unmöglich zu machen. In den Städten wurden die Häuser entweder zerstört oder von Albanern besetzt. Für zurückkehrende Familien ist es schlichtweg unmöglich, ihr Eigentum wieder in Besitz zu nehmen – jeder solche Versuch würde mit unmittelbarer Gewalt beantwortet werden. Ein auch nur annähernd funktionierendes Rechtswesen gibt es im Kosovo nicht.

Besonders für die Kinder der betroffenen Familien ist eine Rückkehr in den Kosovo eine Katastrophe. Seit fast zehn Jahren leben die Familien in Deutschland, viele Kinder sind hier geboren und sprechen weder Albanisch noch Serbisch, für sie ist Deutsch ihre Muttersprache. Das Schulsystem im Kosovo ist in keiner Weise auf Rückkehrer vorbereitet, abgesehen davon, dass Kinder der Roma-Minderheit in den Schulen nicht akzeptiert werden.

Weder die neue Verfassung des Kosovo noch die neue Gesetzgebung schützt wirksam die Minderheiten des Kosovo – Bosniaken, Kroaten, Gorani, Roma, Ashkali and Egyptians und andere; vielmehr sind einige der neuen Gesetze problematisch für die Minderheiten. Durch das neue Gesetz für die lokale Selbstverwaltung im Kosovo etwa wurde die proportionale Beteiligung von Minderheiten im öffentlichen Dienst abgeschafft.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wendet sich heute an die verantwortlichen Internationalen Organisationen, den UNHCR, die Europäische Union, den Europarat und die OSCE, um seiner Sorge um eine neue Spirale der Gewalt im Kosovo Ausdruck zu verleihen. Romani Rose appelliert an die Bundesregierung und die Länderregierungen, der Sicherheit der betroffenen Menschen Vorrang zu geben und keine Minderheitenangehörigen in den Kosovo abzuschicken.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Romani Rose

Bremeneckgasse 2 69117 Heidelberg Tel. : +49 (0) 6221 – 98 11 01

zentralrat@sintiundroma.de www.sintiundroma.de